



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2, - Mk. für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mk. Postzeitungsnummer 296. Inseritionsgebühr für die Beizzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Gerden zu richten. Redakteur: H. Zahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 5

Charlottenburg, den 30. Januar 1903

30. Jahrg.

Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassirern Streikmarken!

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: **Berlin** (Manzl, Bergmannstr. 110), **Breslau** (Steingutfabrik B. Giesel), **Flörsheim a. M.** (W. Dienst), **Kronach** (Ph. Rosenthal u. Co., Fil. Kronach), **Neustadt** bei Coburg (Porzellanfabriken Gebr. Knoch und Heber u. Co.), **Regensburg** (Firma Waffler) für Tellerdreher, **Seib** (Heinrich u. Hertel), **Stadtlengsfeld** (Fa. Schweizer), **Stohheim** bei Guskirchen (Porzellanfabrik Selbig), **Tillowitz** (gräfl. Frankenberg'sche Fabrik), **Werdorf** in Westf. (Fa. Gressel u. Co.).
Der Vorstand.

Steigerung des Volkswohlstandes.

Du mußt versteh'n!
Aus Eins mach' Zehn,

Und Neun ist Eins,
Und Zehn ist Neins,
Das ist das Heyen-Sinnmaleins!
Goethe „Faust“.

Es gehört heutzutage schon zur Mode, den unzufriedenen Arbeitern gegenüber immer wieder den Beweis zu liefern, daß sie heute wirtschaftlich bedeutend besser gestellt sind, als wie dies ehemals in der „guten alten Zeit“ der Fall war. Daß dieser Nachweis wenigstens in einer Hinsicht gelingt, darüber herrscht auch kein Zweifel. Der Arbeiter der Vergangenheit stand den heutigen Lebensgewohnheiten fremd gegenüber, sie bildeten für ihn, wie für den übrigen Theil der menschlichen Gesellschaft kein Ziel seines Verlangens. Die Entwicklung der allgemeinen Bedürfnisse war mit dem Maßstabe des heutigen Kultur-niveaus gemessen, zurückgeblieben, die Produktivität der menschlichen Arbeit selbst weniger vollkommen. Welchen Werth ein Vergleich in der angegedeuteten Richtung daher eigentlich praktisch genommen hat, das hat schon Bassalle gekennzeichnet, wenn er in seinem „Offener Antwortschreiben“ sagt: „... Man amüßte

sich mit angeblichen Vergleichen ihrer Lage mit der Lage der Arbeiter in früheren Jahrhunderten! Ob sie aber, weil das Minimum der gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse gestiegen wäre — falls dies der Fall — sich heute besser stehen, als der Arbeiter vor 80, 200 oder 300 Jahren — welchen Werth hat diese Frage für sie? Ebenso wenig als die freilich ganz ausgemachte Thatsache, daß sie sich heute besser stehen als die Botokuden und die menschenfressenden Wilden! ... Was entbehrt der Botokude dabei, wenn er sich keine Seife kaufen, was entbehrt der menschenfressende Wilde dabei, wenn er keinen anständigen Rock tragen, was entbehrt der Arbeiter vor der Entdeckung Amerikas dabei, wenn er keinen Tabak rauchen, was entbehrt der Arbeiter vor der Erfindung der Buchdruckerkunst dabei, wenn er ein nützliches Buch sich nicht verschaffen konnte?“

Jede menschliche Befriedigung hängt also ab von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in einer Zeit bereits gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen. Für die wirtschaftliche Lebenslage des Arbeiters ist also der Vergleich zwischen einst und jetzt ein höchst ungeeigneter Maßstab, mit dem praktisch nichts zu beweisen ist. Da aber die Argumente für den seither gewachsenen Volkswohlstand, an dem auch die Arbeiterklasse partizipiert, beigebracht werden müssen, so geschieht das immerhin am besten durch die logische Beweiskraft der Statistik. Ein solches Argument hat nun vor nicht langer Zeit die deutsche bürgerliche Presse in dem neuen statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin entdeckt, in welchem angeblich zahlenmäßig der Beweis für die Hebung der Lebenslage der Arbeiter erbracht wird. Nach Böck stellt sich nämlich der Fleischkonsum in Berlin sammt dem 8 km. Umkreis im Jahre 1899 auf 185 521 268 Kilogr., was einem durchschnittlichen Konsum von 76.64 Kgr. auf den Kopf gegen 75.05, 75.85, 76.77, 75.32, 70.16, 71.19, 69.89, 69.35 Kgr. in den Vor-

jahren rückwärts ausmacht. In gleicher Weise ist der Verbrauch an Bier, Obst, Gemüse und Pflanzen gestiegen, was nach der Folgerung der bürgerlichen Volkswirtschaftler als unwiderleglicher Gradmesser des unter der Arbeiterschaft vorhandenen Wohlstandes anzusehen ist.

Nun darf man bei Einschätzung dieser Zahlen allerdings nicht vergessen, daß es sich um die Jahre, die eine gute Geschäftskonjunktur aufweisen handelt, mit der immer ein gewisses Aufsteigen wenigstens jener Arbeiterkategorien verbunden ist, die sich auf organisatorischem Wege eine gewisse Widerstandskraft verschafft haben. Selbst für den Fall, als den angezogenen Ziffern irgend welche Beweiskraft für den im Wachsen begriffenen Arbeiterwohlstand zukäme, würde schon durch diese Thatsache allein deren Bedeutung herabgedrückt, da bei der Durchschnittsberechnung jede soziale Differenzierung, wie sie die Arbeiterklasse aufweist, völlig verschwindet. Daß aber gerade die Unterschiede in der Lebenshaltung der Arbeiterschaft größer und mannigfaltiger werden, je weiter die wirtschaftlich-technische Entwicklung voranschreitet, das zeigt uns England, wo sowohl die Webbs als auch Fr. Engels wiederholt hervorhoben, daß jede Besserung auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse lediglich einzelnen bevorzugten Schichten zu gute kam, während das Elend und die Existenzunsicherheit unter der Masse der Arbeiter ebenso groß blieb, wie jemals zuvor. Soweit man es auch mit besseren Löhnen bei uns zu thun hat, die eine höhere Lebenshaltung gewährleisten, handelt es sich fast durchweg um mehr oder minder qualifizierte Berufe oder doch um solche Arbeiterkategorien, wo die Natur des Betriebes einheitliche Massen schafft, die den Organisationsbestrebungen weniger Schwierigkeiten bereiten, als dies beispielsweise bei den zahllosesten Kleinbetrieben oder gar in der Hausindustrie der Fall ist. An solchen an sich sozial und technisch niedrig stehenden Berufsarten gehen

daher in der Regel auch die Jahre des lebhaften Aufschwunges vorüber, ohne daß ein Steigen der Lebenshaltung wahrzunehmen wäre, und es bleibt gerade in jeder großstädtischen Bevölkerung ein sehr bedeutender Prozentsatz übrig, der nicht nur relativ, sondern auch absolut verelendet und verkommt.

Aber auch für den Arbeiter der modernen Großindustrie äußert sich jede Periode des geschäftlichen Aufschwunges zunächst in einem weiteren Umsichgreifen der Frauenarbeit. Die Frauenarbeit hat in Deutschland während der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung nicht absondern zugenommen. Die Zahl der erwerbsthätigen Frauen hat sich nämlich im ganzen Reiche in der Periode von 1882 bis 1895 um über eine Million vermehrt. Von dieser recht ansehnlichen Ziffer entfällt der größte Prozentsatz auf die deutschen Großstädte und es ist klar, daß darin er überall das Familienleben des Arbeiters bedenklich gelitten hat. Das Wochen- und Jahreseinkommen einer solchen Familie erhöht sich allerdings und es muß naturgemäß in einem solchen Haushalte eine größere Ausgabe für die Lebensmittel stattfinden. Welche Bedeutung aber gewinnt eine solche Mehrausgabe für die Lebenshaltung, wenn jede Besserung in den Ernährungsverhältnissen durch steigende Ausnützung der Arbeitskraft von Mann und Frau weitgemacht und das Familienleben selbst immer mehr zerrüttet wird?

Ein weiterer Umstand, der für die Verbrauchssteigerung an Lebensmitteln in Betracht kommt, ist aber auch die von Kautsky zuletzt nachgewiesene Konzentration des großen Besitzes.*) Ueberall dort, wo die Fülle des in einzelnen Händen angesammelten Reichtums wächst, steigern sich naturgemäß die Ausgaben für die einzelnen Gebrauchsartikel im Haushalte, ohne daß an dieser Steigerung die große Masse partizipiert. Dazu kommt noch, daß jede industrielle Aufwärtsbewegung die Zahl der relativ besser bezahlten Intelligenzler, des Angestellten- und Beamtenstandes vermehrt, deren durchschnittliche Ausgaben die der gewöhnlichen Lohnarbeiter doch bei weitem überragen.

Man sieht also, was eine Statistik, die lediglich generalisiert und besondere Erscheinungen des Wirtschaftslebens außer Acht läßt, mitunter für praktischen Werth besitzt. „Zahlen beweisen“ — mitunter freilich nur, daß man mit ihnen auch Sophisterei treiben kann. Einen Maßstab für die tatsächliche Lebenshaltung der Arbeiter gewinnt man durch derartige statistische Kunststücke nicht. Er ließe sich nur dann finden, wenn man unter Berücksichtigung jeder besonderen Eigenart der einzelnen Arbeitskategorien eine Umfrage veranstalten würde, deren Beantwortung auf Grund spezialisierter Haushaltungsrechnungen erfolgen müßte. Es wäre das in der That eine von sozialpolitischen Gesichtspunkten dankenswerthe Arbeit, die gerade für die agitatorischen Leistungen der Gewerkschaften manches werthvolle Material bringen müßte, daß sich vortrefflich zur Widerlegung der von der bürgerlichen Nationalökonomie betriebenen Fälschungen eignen würde. Fr. L.

Roborantien für den Beihilfefond.

(Schluß.)

Die Zahlstelle Berlin II, welcher der Verbandsvorsitzende und andere Vorstandsglieder angehören, hatte es doch sogar fertig gebracht, zur General-Versammlung von 1899

*) Kautsky: „Bernstein und das sozialdemokratische Programm.“

den Antrag zu stellen, den § 20 des Beihilfefonds zu streichen:

§ 20. „Alle Aenderungen dieses Reglements bedürfen der Genehmigung durch die allgemeine Mitgliederabstimmung der Mitglieder des Beihilfefonds.“ Dieses einzige Selbstbestimmungsrecht, welches sich die Mitglieder des Beihilfefonds noch erhalten haben, um auf einer General-Versammlung von den Delegirten des Verbandes, welche dem Beihilfefond nicht angehören, aber das Recht haben, über das Wohl und Wehe der betreffenden Mitglieder beschließen zu dürfen, nicht ungerechter Weise majorisirt werden zu können. Mit Recht wurde dieser Antrag von den Delegirten, welche Mitglieder des Beihilfefonds waren, als ein Attentat auf denselben bezeichnet und zurückgewiesen. Unter keinen Umständen könnten die Beihilfefondmitglieder zugeben, daß eine General-Versammlung, die in der Majorität aus Delegirten besteht, welche demselben nicht angehören, endgültige Beschlüsse fassen kann. Wenn auch seiner Zeit behauptet wurde, daß diese Delegirten, welche nur dem Verbandsangehören, die Interessen des Beihilfefonds doch gewissenhaft vertreten werden, so muß ein Antrag, wie der vorerwähnte von Berlin II in diesem Punkt einen nicht unberechtigten Zweifel erregen. Es liegt doch in der Natur der Sache, daß das richtige Interesse der betreffenden Verbandsgenossen für den Beihilfefond nicht vorhanden sein kann, weil sie sonst Mitglieder sein würden, denn es ist ganz selbstverständlich, daß es nicht allzu schwer fallen dürfte, über die finanziellen Verhältnisse einer Kasse zu beschließen, welcher man seinen eigenen Geldbeutel nicht zu opfern braucht und auch nicht opfern will. Aus diesem Grunde wird es den Beihilfefondmitgliedern nicht verargt werden können, wenn sich dieselben unter den bisherigen Verhältnissen, die Sanktionirung der von der Generalversammlung beschlossenen Aenderungen des Reglements des Beihilfefonds vorbehalten haben.

Wenn wir nun alle die Uebelstände, welche zu dem jetzigen Stand des Beihilfefonds beigetragen haben, Revue passiren lassen, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Mitglieder desselben ihre Interessen für diese Kasse selbst nicht richtig wahrgenommen haben. Die für die Porzellaner so nöthige Institution muß vor dem Bankrott geschützt werden und das Interesse der erworbenen Rechte der Mitglieder gebietet nun ganz energisch, daß wir uns mit der weiteren Gestaltung des Beihilfefonds ernsthaft beschäftigen. Es steht zu befürchten, daß die noch vorhandenen 8000 Mk. Vermögen in einem halben Jahre verbraucht sein können und das Guthaben der zur Arbeitsunfähigkeitunterstützung berechtigten Mitglieder, welche sich die Beiträge in den vielen Jahren abgedarbt haben, geht mit einem Schläge verloren, weil die Kasse ihre Verpflichtungen nicht mehr gerecht werden kann.

Wir können und dürfen diese Institution nicht sinken lassen, denn gerade die langwierigen Krankheiten der Porzellan- und verw. Arbeiter machen das Bestehen einer diesbezüglichen Unterstützungskasse dringend nöthig. Wer sich als Porzellanarbeiter und Verbandsmitglied nicht gegen Krankheit im Beihilfefond versichert, versündigt sich an sich selbst und seiner Familie und trägt dazu bei, die älteren Berufsgenossen, welche schon ein bis drei Jahrzehnte ihre Beiträge in denselben gezahlt haben, die erworbenen Rechte illusorisch zu machen, weil jedes Verbandsmitglied die Pflicht hat, innerhalb des Verbandes bestehende Institutionen durch Beitritt zu unterstützen. Hierzu wird wohl mancher Genosse

sagen, es giebt ja so viele Hilfskassen und kann ich ja auch einer anderen beitreten; aber gerade der Umstand, daß der Beihilfefond zu einem Bindemittel für den Verband ausgebaut worden ist, legt schon sämmtlichen zur Aufnahme fähigen Verbandsmitgliedern die moralische Pflicht auf, dem Beihilfefond beizutreten, denn im entgegengesetzten Fall erfordert es das Interesse des Fonds resp. der Mitglieder, sich ohne ungenügende Gegenleistung nicht mehr als Mittel gegen die Fluktuation der Verbandsmitglieder gebrauchen zu lassen, wenn dadurch ihre Rechte in Frage gestellt werden. Des Weiteren ist zu erwähnen, daß keine der vielen Hilfskassen anderer Berufe und privater Unternehmungen den Krankheitsverhältnissen unseres Berufes entspricht und der Einfluß auf die Verwaltung einer Kasse im eigenen Beruf viel größer ist, als es bei der Zugehörigkeit einer anderen Berufskrankenkasse möglich sein kann. Auch müßten wir es anderen Berufen gegenüber als eine Blamage empfinden, wenn eine so zahlreiche Arbeiterschaft, wie in unserer Branche, nicht im Stande sein würde, eine eigene Unterstützungskasse bei Krankheit zu halten.

Wir müssen durchgehende Maßnahmen treffen, denn mit Extrabeiträgen können wir wohl diese Kassenkalamität des Beihilfefonds hinauschieben, aber nicht beseitigen, denn derselbe beruht, wie am Anfang erwähnt auf einer ungesunden Grundlage. Aus einer wirtschaftlichen Krisis müssen wir lernen, wie wir unsre Kassen gestalten sollen, um diese lebensfähig zu erhalten, weil bekanntlich jede Krisis eine höhere Belastung auch der Krankenunterstützungskasse nach sich zieht.

Wenn einerseits nur Verbandsmitglieder in den Beihilfefond aufgenommen werden dürfen, so fehlt andererseits die statutarische Bestimmung, welche den Verbandsmitgliedern verbietet, unter Ignorirung der eigenen, einer anderen Hilfskasse beizutreten.

Daß ein solcher Zustand zum Schaden des Beihilfefonds sein muß, haben uns nun erst die Verhältnisse selbst lehren müssen und es giebt nur zwei Auswege denselben auf eine gesündere Grundlage zu stellen.

Zuerst wäre die obligatorische Einführung des Beihilfefonds für sämmtliche Verbandsmitglieder ins Auge zu fassen, von weitfichtigen Genossen war dies schon längst als eine Nothwendigkeit empfunden worden. Schon auf der Generalversammlung von 1896 brachte Genosse Bösenacker einen Antrag auf obligatorische Einführung des Beihilfefonds ein. Genosse Munk hielt es in Erwiderung hierauf für unmöglich, einen solchen Antrag annehmen zu können, (Protokoll der Generalversammlung von 1896 Seite 55). Das Vermögen des Beihilfefonds stand damals noch auf 27 000 Mk. und so waren die Mitglieder desselben selbst noch nicht von der Nothwendigkeit einer so tief gehenden und gründlichen Reform überzeugt und am allerwenigsten war es dann den nicht dem Beihilfefond angehörenden Delegirten zu verargen, wenn sie sich dagegen wehrten und diesen Beschluß zu verhindern suchten.

Zu der letzten Generalversammlung 1902 war von der Zahlstelle Budaun ein Antrag eingebracht worden, welcher nichts weniger als die allmähliche obligatorische Einführung des Beihilfefonds für den Verband bedeutet. Derselbe lautete:

„Dem Verbands neubeitretende männliche Mitglieder, welche nur in einer Krankenkasse versichert sind, haben sich dem Beihilfefond anzuschließen und zwar wenigstens in der niedrigsten Stufe.“

Es muß Befremden erregen, daß, nach dem

Generalversammlungsprotokoll genehmigt, nicht einmal über einen so weitgehenden und berechtigten Antrag eine Diskussion stattgefunden hat, noch dazu, daß es der einzige dieses Themas war. blieb denn für die Interessen des Beihilfefonds nicht mehr Zeit, als ganze drei bis vier Stunden?! Demnach hätte, streng gerechnet, der Beihilfefond die Generalversammlungskosten nur nach folgender Skala zu tragen: 22 Delegierte, welche dem Beihilfefond angehörten, Spesen pro Tag 10 Mk., beanspruchte Zeit für denselben höchstens 1/2 Tag, macht 5 Mk. mal 22 Delegierte gleich 110 Mk., hierzu das prozentuale Verhältnis der Fahrkosten von den 22 Delegierten. Es ist als sicher anzunehmen, wenn der Beihilfefond das prozentuale Verhältnis der gesamten Generalversammlungskosten tragen soll, nach der beanspruchten Zeit gerechnet, wieder um etliche hundert Mark zu hoch belastet würde.

Wenn wir, veranlaßt durch den rapiden Rückgang der Kasse des Beihilfefonds und die Theilnahmlosigkeit der Verbandsmitglieder, nunmehr die obligatorische Einführung desselben für den Verband anstreben, so verlangen wir nur dasselbe Recht, welches letzterer schon seit der Verschmelzung gegenüber dem Beihilfefond für sich beansprucht hat und zwar dadurch, daß nur Mitglieder des Verbandes in denselben aufgenommen werden dürfen.

Bei diesem Punkt wollen wir die Genossen auf den Artikel in Nr. 2 der „A.“ dieses Jahres: „Gewerkschaft und Krankenversicherung“ verweisen, in welchem ebenfalls die obligatorische Krankenversicherung für sämtliche Verbandsmitglieder empfohlen wird, und wollen wir Argumente, welche in demselben für unseren Vorschlag enthalten sind, nicht noch mal anführen.

Falls nun die obligatorische Einführung der Krankenversicherung für den Verband abgelehnt werden sollte, was sehr wahrscheinlich ist, käme für die Mitglieder des Beihilfefonds als letzter Ausweg nur noch die vollständige Trennung desselben vom Verband in Frage. Auch dieser Punkt wurde auf der Generalversammlung 1899 zu Rudolstadt von dem Delegierten der Zahlstelle Berlin II angeregt, indem dieser schon damals den Mitgliedern des Beihilfefonds den guten Rath gab, den Fond von dem Verbande zu trennen. (Protokoll der Generalversammlung von 1899, Seite 62.)

Da wir als Mitglieder dieses Fonds bei der jetzigen finanziellen Lage desselben die Pflicht haben, die Interessen des Beihilfefonds in den Vordergrund zu stellen, so haben wir von diesem Standpunkte aus urtheilend, bei einer eventuellen Trennung desselben vom Verband weit bessere Chancen zu erwarten, als von der obligatorischen Einführung für den Verband. Hierbei ist in Betracht zu ziehen, daß unter den jetzigen Verhältnissen bei kaum 1700 Mitgliedern die Verwaltungskosten für den Beihilfefond betragen nahe Mk. 4000 pro Jahr betragen und noch steigen, wenn die Mitgliederzahl des Verbandes weiter sinken sollte. Mit demselben Mitgliederstand würden wir bei Konstituierung des Beihilfefonds in eine separate selbstständige Unterstützungskasse bei Arbeitsunfähigkeit für die Porzellan- und verwandten Arbeiter Deutschlands kaum diese Verwaltungskosten benötigen.

Als unparteiische von der Gewerkschaftsbewegung abseits stehende diesbezügliche Kasse würde es möglich sein, auch in den Fabriken Mitglieder zu werben, in welchen der Verband als gewerkschaftliche Organisation keinen festen Fuß fassen kann. In einer vom Ver-

band getrennten Unterstützungskasse würden die Beihilfefondsmitglieder ihre Rechte bedeutend besser gesichert finden, wären diese doch nicht genöthigt, wenn der Druck des Arbeitgebers und der Verhältnisse den Austritt aus dem Verband verursachen muß, auch ihr Recht auf Krankenunterstützung einzubüßen.

Gerade diese Rechtsicherheit würde uns bedeutende Neuaufnahmen von Verbands- und Nichtverbandsmitgliedern einbringen, denn die Existenzunsicherheit war unter den bisherigen und jetzigen Verhältnissen des Beihilfefonds bei Beitritt zu demselben mitbestimmend und hat uns viele Verbandsmitglieder davon abgehalten.

Freilich müßte den betreffenden Kassirern neben den üblichen Prozentsätzen per Einnahme für jedes neu erworbene Mitglied eine kleine Prämie gezahlt werden.

Zur Verwirklichung eines der beiden Vorschläge ist noch zu beachten, daß die obligatorische Einführung des Beihilfefonds für sämtliche Verbandsmitglieder nur von einer Generalversammlung beschlossen werden kann, während die Trennung desselben vom Verband durch eine allgemeine Abstimmung der Mitglieder des Beihilfefonds zu erreichen ist.

Hoffen wir, daß aus der nun folgenden öffentlichen Diskussion für den Beihilfefond etwas praktisches herauskommen wird, und ersuchen alle Zahlstellen unsere Vorschläge mit dem Artikel aus Nr. 2 der „A.“ eingehend und sachlich zu diskutieren.

Mag sich die Diskussion gestalten wie sie will, wir müssen die Sicherstellung unseres Beihilfefonds im Auge behalten, selbst wenn sich die Majorität der Beihilfefondsmitglieder für vollständige Trennung entscheiden sollte, so würde der Verband auch hiervon seinen Nutzen haben.

Die Stellungnahme für einen der beiden Vorschläge behalten wir uns vor bis nach erfolgter öffentlicher Diskussion.

Eine Aenderung muß eintreten, sei es obligatorische Einführung für den Verband oder die vollständige Trennung des Beihilfefonds von demselben; die jetzige Einrichtung ist einseitig und muß den Ruin und Verlust unserer Rechte im Beihilfefond zur Folge haben.

Prüfet Alles, behaltet das Beste!
Zahlstelle Magdeburg-Buckau.
S. A.: Die Verwaltung.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung in Nr. 41, 42 und 43 der „A.“ 1902, welche trotz dreimaliger Veröffentlichung von mehreren Zahlstellenkassirern nicht beachtet wurde, besonders in Bezug auf die einzusendenden Quittungen, sei hiermit nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß **alle Ausgaben** in sämtlichen Kassen mit **Quittungen** belegt und **dieselben den Abschlüssen** beigelegt werden müssen. Es ist dabei auch zu beachten, daß auf der Rückseite von Postaufgabescheinen, welche als Quittungen eingekandt werden, der Zweck der Sendung, handelt es sich um Unterstützung, auch die Nummer des Mitgliedes, sowie der eventuell in Abzug gebrachte Betrag, anzugeben ist.

Ferner ist zu bemerken, daß gemäß § 35, Abs. 2 des Statuts die **Gelder des Bildungsfonds**, welche im Laufe des letzten Kalenderjahres nicht verausgabt worden sind, am Schlusse des Jahres an die **Verbandskasse wieder zurückzahlen** und im Abschluß pro 4. Quartal 1902 in Einnahme zu stellen sind. Ebenso ist auf dem Abschlußformular des Bildungsfonds der Be-

stand an Büchern, Broschüren und Zeitschriften genau anzugeben.

Auch werden diejenigen Zahlstellen, welche am Schlusse des 4. Quartals 1902 im 8 pCt. Fond Baarbestände aufzuweisen haben, ersucht, dieselben zur Unterstützung der um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Mitglieder für den Streikfond einzusenden.

Wilh. Herden, Verbandskassirer.

39. Vorstandssitzung vom 8. Januar 1903.

Entschuldigt fehlt Dade und Schröder.

Zuschriften von Freienorla, Fürstenberg a. W., Neustadt, Schney und Bohensrau sind mit Kenntnisknahme erledigt. — Von den Einzelmitgliedern in Meuselwitz wird wiederholt die Aufhebung der Halbsperre über die Firma Unger beantragt; die Bedenken des Vorstandes sind jedoch noch nicht beseitigt und erfolgt wiederum Ablehnung. — Die Unterstützung für 24 098 A t h e n o w wird abgelehnt, indem es sich in diesem Falle nicht um eine unterstützungsberechtigte Arbeitslosigkeit im Sinne des § 1 des U.-R. handelt, sondern um ein Feiern, für welches Unterstützung nicht gewährt werden kann. — Die beantragten Fahr- und Unzugsgelder für das Mitglied 6135 S c h w a r z e n b a c h, z. Bt. in Schweinfurt, werden nach § 9 des U.-R. abgelehnt. — Das Mitglied 27 080 Döhler, Schwelm, wird auf Antrag der Zahlstelle nach § 5 Abs. 3 des Statuts ausgeschlossen. — Dem Mitgliede 5987 N y m p h e n b u r g werden Fahrkosten zum dritten Male bewilligt. — Die beantragte Herabsetzung der Strafkarenzzeit für 27 946 F r e i e n o r l a wird abgelehnt; ehe in die Verhandlung eines diesbezüglichen Antrages eingetreten werden kann, muß Voraussetzung bleiben, daß das Mitglied wenigstens eine zweijährige Mitgliedschaft hinter sich hat. — Eine Anfrage der Zahlstelle S c h ö n w a l d, ob das Mitglied 80 181, welches in Sch. arbeitet und in einer benachbarten böhmischen Ortschaft seinen Wohnsitz hat, Mitglied unseres Verbandes bleiben kann, eventuell auch im Falle eiter Arbeitslosigkeit anspruchsberechtigt wird, auf Unterstützung am Ort, wird in bejahendem Sinne entschieden. Voraussetzung für den letzteren Fall muß bleiben, daß die Unterstützung am Sitz der Zahlstelle erhoben wird und das Mitglied der Kontrolle derselben untersteht. — Dem Mitgliede 13 207 K a h l a wird die beantragte Differenzunterstützung abgelehnt und die einfache Unterstützung, vom Tage der Entlassung ab, bewilligt. — Dem Mitgliedern 18 102, 30 024 und 30 152 B e r l i n II (Saynau), welche es abgelehnt haben, von der zugestellten Reisemarle Gebrauch zu machen, wird die Unterstützung am Ort verweigert. — Dem Mitgliede 28 044 B e r l i n II (Neiße) wird die wiederholt beantragte Unterstützung wiederum nach § 3 des U.-R. abgelehnt. — Dem Mitgliede 641 B e r l i n II, welches gleichzeitig noch dem Verein der Bauanschläger angehört, soll nahegelegt werden, daß eine Doppelmitgliedschaft unzulässig ist. — Von Kronach wird berichtet, daß die Vertrauensleute der Gewerkschaften Kronachs und Umgegend beschlossen haben, ein Arbeitersekretariat in K. zu errichten, zu welchem von den Zentralverwaltungen der in Frage kommenden Gewerkschaften dortselbst der Generalkommission, sowie der Parteileitung entsprechendes Zuschüsse beantragt worden sind. Gleichzeitig wird beantragt, aus Mitteln unseres Verbandes einen bestimmten Betrag zu diesem Zwecke zu bewilligen. Zur Begründung dieses Antrages wird ausgeführt, daß das Mitglied unseres Verbandes 3868 als Arbeitersekretär in Aussicht genommen ist und daß die allgemeinen Verhältnisse im dortigen Bezirk die Schaffung einer unabhängigen Existenz, resp. die Errichtung einer solchen Institution zur Betreibung einer planmäßigen gewerkschaftlichen und politischen Agitation, als notwendig und wünschenswerth erscheinen lassen, resp. unsere Organisation auch ein mittelbares Interesse an dem Zustandekommen dieses Projektes haben müsse. Beschlossen wird, die prinzipielle Unterstützung dieses Vorhabens aus verschiedenen Gründen abzulehnen. Soweit es sich um die persönliche Unterstützung des Mitgliedes 3768 handelt, wird in Betracht gezogen, daß das Mitglied wegen seiner agitatorischen Thätigkeit gemahregelt wurde und die Organisation demselben noch für vielleicht längere Zeit unterstützungsverpflichtet wäre. In Rücksicht darauf, besonders des letzteren Umstandes, wird beschlossen, die jetzt zu zahlende Differenzunterstützung durch eine, bis höchstens zum Ablauf dieses Jahres zu zahlende, wöchentliche Unterstützung von 8 Mark abzulösen. Voraussetzung bleibt, daß die anderen Faktoren ebenfalls zusagend entscheiden, und daß die unsererseits beschlossene Unterstützung nicht länger gezahlt werden darf, als die anderen Faktoren zahlen, unter keinen Umständen jedoch länger, als bis Jahreschluss.

Beihilfefond: Das Mitglied 6224 S c h ö n-

Jetzt spricht man an- mit Eleganz auf die ver- de, gleichwie der Barbier eiden die „Platte“ mit ispricht, wenn man 'n Die Technik ist eben lerei“ weit vorgeschritten, es“ gedruckt, abgezogen, un auch noch gespritzt! zur Bedienung solcher die hehre Kunst des raucht werden, müßten enschaften der Technik arau sein und die Vor- m Theil mit genießen. nel, wir waren früher tuspinsels und „Zupels“ besser gestellt, als heute r — pardon — Spritzer stens aus so Manchem c die eigenartige Spriz- prize vernehmen. In en der gesundheitschädi- Fondsprize eine Gerichts- gs hat, soweit wir beim in der Vorstandssitzung icht keine Gesundheits- men. Und neuerdings ie Mittheilung, nach der daß wir früher beim mehr Geld verdienten, erographen = Spritzer . Rosenthal in Selb erholt an den Malerei- dt, um ihre Löhne den tsprechend zu kalkuliren, ullos.

pro Woche wurde als st im Stücklohn erzielt! in Verdienst, der einen egenreiche“ solcher Er- ner Technik zuläßt. — oben Mark haben wir ehre entlassener Maler : alten Hutschenreuther ei am Selbbache) fast s waren die Lebens- er als im heutigen Selb. i auch noch mit, die Muster seien noch nied- mag freilich der Wunsch riger beherzigt werden, neuerlichen Gesuchen der phenspritzer große Vor- und sich nach den nähe- Umständen immer erst Verwaltung Selb zu er- ebnisse eines Malers ik. Es ist bewiesene unternehmer die Zeit der llich für sich auszunützen ung folgt auf Vohredu- nur, daß man die zu drücken versucht, die Gesinnung der Ar- szuüben. Einige Vor- eit dürfen wohl Beweise freiere Regung und man mit Gewalt zu he dem, der es wagt, Unternehmers entgegen erzigt wird er auf die s Heber und Aufwiegler o leicht wieder Stellung derartige Maßnahmen rat der Betreffenden zu htel des Unternehmers mancher Genosse dürfte hin schon traurige Er- aben, durch Noth und

Glend gezwungen, zu Kreuze gekrochen sein. Unser heutiges Unternehmertum sieht in den Arbeitern weiter nichts, wie den Vohr- klaven, der nur dazu da ist, dem Unter- nehmer die Taschen zu füllen, ihm das Leben so angenehm, wie nur irgend möglich zu machen. Ich bin der Herr, du bist der Knecht.

Dieser „Herr im Hause-Standpunkt,“ dürfte wohl nirgends so scharf zu Tage treten, wie gerade in Kahla. So mancher dürfte das an seinem eigenen Leibe verspürt haben. Ich war einer von denjenigen, die das „Glück“ hatten, in der Kahla'schen „Aktien“ arbeiten zu „müssen“.

Auch ich habe, wie schon so mancher vor mir, den „Herrn im Hause“ zu fühlen bekommen. Ich halte es für meine Pflicht, diese meine Erlebnisse in der „Aktien“ der Doffentlichkeit zu übergeben. Möge man bei etwaigen Gesuchen der Firma an meine Ausführungen denken. Bekannt dürfte es sein, daß seit Jahren schon in diesem Stab- liffement gegen die „Berliner“ operirt wird, und eine ganze Anzahl von Genossen wurde schon aufs Pflaster geworfen, weil sie dem „Berliner“ angehörten! Der Obermaler und Aktionär Günther aus der oberen Fabrik besonders ist ein Feind derselben. Es scheint die Lebensaufgabe dieses Manns zu sein, den „Berliner“ aus den Angeln zu heben, denselben zu vernichten. Ob er dies aus eigener Initiative, oder ob er dies auf höheren Befehl thut, mag dahingestellt bleiben. Ob- gleich man nur ein mitleidiges Lächeln dem Beginnen des Mannes gegenüber haben muß, so hat es derselbe doch schon fertig gebracht, eine ganze Anzahl Maler dem „Berliner“ abspenstig zu machen. Daß ihm, um sein Ziel zu erreichen, kein Mittel zu gering ist, hat er oft genug bewiesen. Zieht die Aus- sicht auf gute Arbeit nicht, dann thut es vielleicht die Anspielung auf Entlassung. Es ist traurig, daß Männer, die wirklich Männer sein wollen, sich ducken anstatt dem Mann entgegen zu treten. Lieber jagt man seine Ueberzeugung zum Teufel, als daß man sich aufrafft, um geschlossenen Mann für Mann derartigem Gebahren, wie es H. Günther be- liebt, entgegen zu treten. Man muß schon in der Nähe dieses Mannes gewesen und gesehen haben, wie er seine Untergebenen behandelt, und man wird sich unwillkürlich an die Stirne greifen und fragen: „Ist denn das nur möglich?!“ Es ist doch gewiß stark, wenn ein Mann ungestraft in der Malerei bei der geringfügigsten Kleinigkeit mit „Mickel“ und „Schweine“ um sich werfen darf, wenn er Leute anbrüllen und behandeln kann wie dumme Jungen. Und auch nicht ein Mann hat den Muth, diesem Gebahren gegenüber zu treten. Ja es ist wirklich schon weit gekommen in Kahla! Kann man denn hier von einem freien Arbeiter sprechen? Es ist tieferniedrigend, es ekelt jeden frei- denkenden Menschen förmlich an, sobald er Einblick in solche Zustände erhält! Während an allen andern Orten die Arbeiter sich organisiren, auch in dem dunkelsten Winkel. Wo es zu dämmern beginnt, hat man in Kahla einen Rückschritt zu verzeichnen. Und wie lange noch? Doch weiter! Aber nicht nur die Behandlung läßt in diesem Eldorado vieles zu wünschen übrig, auch die Löhne sind derartige, wie ich es bei meiner 10 jährigen Thätigkeit als Maler nicht getroffen habe. Der Geschäftsgang ist ein äußerst flotter und mußten Ueberstunden gemacht werden, um die Weihnachtsaufträge alle be- wältigen zu können! Besonders zu Weih- nachten, wo so mancher tief in den Beutel greifen muß, macht man ganz gerne aus-

nahmsweise einige Ueberstunden, um wenig- stens seinen Kindern, am Feste der Freunde eine kleine Freude bereiten zu können. Be- sonders die fremden Maler, die vor Weih- nachten erst eingetreten waren, konnten einige Mark Geld nothwendig brauchen. In der sicheren Hoffnung, eine recht gute Rechnung zu machen, arbeiteten wir darauf los! Aber welche Enttäuschung sollte uns der Samstag bringen! Ich bekam in 4 Tagen die Summe von 7 Mk. einige meiner Kollegen 6, 9, bis 12 Mk., einer brachte es sogar auf 15 Mk. in 6 Tagen. Und das bei einer 12stündigen Arbeitszeit; also beim flottesten Geschäftsgang. Wir waren aus allen Himmeln gerissen! Aber nicht nur die erste Woche hatten wir sämtliche Freunde solche erbärmlichen Löhne zu verzeichnen, auch die darauf folgenden Wochen fielen nicht viel besser aus. Eine Beschwerde beim Obermaler hatte die Be- merkung desselben zur Folge: „Wenns Ihnen nicht paßt, müssen sie eben gehen!“ Auch eine Beschwerde bei Herrn. Generaldirektor Bünzli hatte keinen Erfolg, ich wurde vielmehr entlassen.

(Herr Generaldirektor Bünzli ist, wie wir an anderer Stelle mittheilen, inzwischen verstorben. Mit Rücksicht hierauf streichen wir aus dem Eingekleideten alle weiteren, auf den Verstorbenen sich beziehenden Stellen heraus. Die Red.)

Während so mancher von uns, trotz der angestrengten 12stündigen Thätigkeit mit ein paar lumpigen Mark abgespeist wird, aus dem Feste des Friedens und der Freude ein Fest des Glends und Jammers wurde, saßen die Herrn Aktionäre zusammen und vertheilten die von den Arbeitern erarbeiteten Summen. 25 pCt. waren es auch diesmal wieder! Hat man denn dabei auch an diejenigen ge- dacht, die diese Summen im Schweiß ihres Angesichts erarbeitet haben? Hat man daran gedacht, daß so manche von diesen Arbeits- bienen nicht einmal satt für sich und ihre Kinder zu essen hatten, während die anderen im Ueberfluß lebten?

Es dürfte bekannt sein, daß die Firma ihren Arbeitern einen 10prozentigen Lohnzu- schlag gewährt! Die eine Hälfte wird am Lohnstage, die andere Hälfte zu Weihnachten im Ganzen ausgezahlt. Darob in den Blättern und Blättchen immer großes Geschrei; in spaltenlangen Artikeln wird die Direktion verherrlicht, Lobeshymnen und kein Ende! Und wie sieht die Sache in Wirklichkeit aus. Ist es denn wirklich so großherzig gehandelt, wenn man Arbeitern, die der Firma in einem Jahre Hunderttausende von Mark erarbeiten, einen kleinen Bruchtheil von 70—100 Mk. wieder zurück giebt? Ist da eine Verherrlichung des Unternehmers nicht der reine Hohn?! Wie kommt es denn, das andere ihre Arbeiter anständig bezahlenden Fabriken keine derar- tigen Unsummen an Prozenten vertheilen können? Jedem denkenden Menschen wird es einleuchten, wie es kommt, daß sich ein Unternehmen, wie Aktienfabrik Kahla, so ent- wickelt, so hohe Ueberschüsse abwirft; man frage nur die Arbeiter selber, und man wird zweifelsohne die richtige Antwort erhalten.

Man sehe sich ferner die Arbeitsräume der Arbeiter an. Von Keilichkeit und der- gleichen keine Spur. Als ich in der „Aktien“ in Stellung trat, wies mir der Herr Ober- maler Günther einen Platz an, auf dem Schmutz und Staub fingerhoch lagen. Ebenso Pult und Stuhl. In diesem Schmutz sollte ich mich nun setzen, außerdem mußte ich mir als Neueingetretener diesen selber entfernen. Mein Nachbar konnte sich die Sache nicht mit ansehen, und war so gut, mir wenigstens den größten Schmutz zu entfernen. Genau

magd wird wegen groben Verstoßes gegen § 18 des B.-N. im Wiederholungsfalle mit 15 Mark bestraft.

G. Wollmann,
Vorstandender.

J. Schneider,
Schriftführer.

40. Vorstandssitzung vom 13. 1. 1903.

Entschuldigt fehlen Jarges und Welzel.

Von Breslau ist ein längerer Bericht eingegangen, wonach wieder eine Entlassung wegen Verbandsaktivität vorgenommen wurde. Trotz der schriftlich gegebenen Erklärung des Unternehmers, Einwendungen gegen unsere Organisation nicht mehr zu erheben, scheint die frühere Antipathie gegen den Verband weiter zu bestehen. Beschlossen wird, den Vorstehenden nach B. zu delegieren, um zu versuchen, auf dem Wege der Unterhandlung den unhaltbaren Zustand dortselbst zu beseitigen. Für den Fall des Scheiterns eines solchen Versuches, sind die dortigen Mitglieder berechtigt, die Kündigungen einzuweichen, sofern nicht noch besondere Umstände zur Kenntnis des Vorstandes gelangen. — Eine Zuschrift von Duisburg soll entsprechend beantwortet werden. — Die Zahlstelle Budaun macht in einem in Nr. 2 der „A.“ veröffentlichten Versammlungsbericht dem Gesamtvorstand, insbesondere den Bureaubeamten, den vollständig unmotivierten Vorwurf der Pflichtvergessenheit gegenüber dem Beihilfsfond. Es wird behauptet, daß der Vorstand resp. die Bureaubeamten zum größten Theil nicht Mitglieder des Beihilfsfonds sind und infolge dieses Umstandes für diesen kein Interesse haben. Der Vorstandsvorsitzende, welcher bei der Zahlstellen-Verwaltung persönlich Anträge gehalten, noch ehe sich der Vorstand mit der Sache beschäftigten konnte, auf Grund welcher Thatsachen die Zahlstelle zu ihren Behauptungen komme, hat eine vollständig ausweichende Antwort erhalten. Es wird festgestellt, daß die Mehrheit des Vorstandes, das Bureau mit Ausnahme des Schriftführers, dem Beihilfsfond angehören. Die redaktionelle Anmerkung zu dem Versammlungsbericht von Budaun entspricht demzufolge nicht völlig den Thatsachen. Der Redakteur giebt auf Anfrage zur Kenntnis, daß derselbe in der am 6. Dezember in Magdeburg stattgefundenen Versammlung, an welcher auch Mitglieder der Zahlstelle Budaun Theilgenommen, bei Gelegenheit der Diskussion über den Beihilfsfond, die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß der Vorstand zu jeder Zeit die Interessen des Beihilfsfonds zu wahren, befreit gewesen ist. Angesichts dieser Thatsache erscheint die Behauptung der Zahlstelle nur um so frivol. Es wird eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher der Vorstand den ihm gemachten Vorwurf für seine Gesamtheit, als für die Bureaubeamten mit Unterscheidung zurückweist, als vollständig haltlos, unerweislich und aus den Fingern gezogen. Außerdem wird beschlossen, diese Resolution, welche außerdem noch die Nichtigstellung der redaktionellen Anmerkung enthält, als Erklärung des Verbandsvorstandes in Nr. 3 der „A.“ zur Kenntnis der Mitglieder zu bringen.

G. Wollmann,
Vorstandender.

J. Schneider,
Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

— **Von Breslau.** Die in dortiger Steingutfabrik (Giesel) im Streit befindlichen Arbeiter (44) ersuchen um Aufnahme von Folgendem:

„Porzellanarbeiter Deutschlands und Oesterreichs! Die Verschlechterung einer Fabrikordnung, sowie die eigenartige Handlungsweise der Vorgesetzten hiesiger Fabrik den Arbeitern gegenüber, die Abweisung jeder Unterhandlung, hat uns in den Streit getrieben, wir kämpfen den Kampf um das Koalitionsrecht. Unser Kampf ist Euer Kampf, unser Sieg auch der Eure! Wir richten daher an Euch das Ersuchen uns dadurch zu unterstützen, daß jeder Zutritt nach hiesiger Steingutfabrik ferngehalten wird. Die streikenden Steingutarbeiter Breslaus.“

Eine weitere, schon früher eingegangene Schilderung dortiger Verhältnisse mag hier auch noch Platz finden: Ein Kollege schreibt:

In einer der letzten Versammlungen erhob ein hier zugereister Kollege den Vorwurf, in der „Ameise“ wäre nie etwas über Zustände in hiesiger Steingutfabrik zu lesen, hätte er etwas darüber gelesen, wäre er sicher nicht in dieser Fabrik gekommen. Er wurde aufmerksam darauf gemacht, daß die „A.“ in letzter Zeit öfters sich mit der hiesigen Steingutfabrik beschäftigt habe und daß die

Sperre nur aufgehoben worden ist (um jetzt nun wieder verhängt zu werden) weil die Firma das Koalitionsrecht bezw. die Organisation anerkannt habe. Leider trifft man es nur zu häufig, daß der Werth unseres Fachblattes nicht erkannt wird, man nimmt es wohl in Empfang, legt es aber ungelesen bei Seite.

Ich gebe nun einiges über hiesige Verhältnisse zum Besten. Die Firma Steingutfabrik Breslau G. m. b. H. hat wiederholt Hohlformer und Former für Wasserleitungsartikel gesucht, und sind auch seit Aufhebung der Sperre (die nun wieder verhängt werden mußte) acht Kollegen hier in Arbeit getreten. Es ist zu beachten, daß hier ausschließlich Wasserleitungsartikel fabriziert werden, und jeder Kollege, der hier anfängt, in diesem Artikel arbeiten muß. Es kommt nun vor, daß mancher engagierte Kollege wenig Ahnung von der Formerei solcher Artikel hat, er muß sich also erst einarbeiten, was mehrere Wochen in Anspruch nimmt. Was dabei verdient wird, läßt sich denken, Voranschub giebt es aber auch nicht, und wenn es wirklich Geld giebt, werden Defektabzüge vorgenommen, deren Höhe selten noch sonst wo anzutreffen sein werden. Nicht nur allein solche, die noch nicht eingearbeitet waren, sondern auch solche Kollegen, die in diesem Fach gelernt hatten, waren infolge der nach dem Defektabzug erzielten geringen Verdienste gezwungen, bei Nacht und Nebel ohne Abschied von hier abzureisen.

Bezüglich der sanitären Zustände ist sehr zu klagen. So ist es seit dem Sommer v. J. in der Dreherei öfter vorgekommen, daß es in dieselbe hineinregnete, der Firma ist es nicht eingefallen die schadhafte Stellen der Ueberdachung ausbessern zu lassen.

Von den Brennöfen dringt öfter Rauch in die Dreherei, so daß einer den andern nicht sieht; brauchen die Dreher Masse so müssen sie erst durch mehrere Zimmer, versäumen viel Zeit, für 60 Dreher ist nur ein Masseträger, der auch noch den Kapseldrehern den Thon besorgen soll, angestellt.

Die Arbeitsräume sind zumeist niedere und finstere Räume, so daß sehr viel künstliches Licht gebraucht wird, nun ist es vorgekommen, daß Morgens und Abends gar kein Licht da war. Es hieß dann, es ist am Kessel etwas geplagt oder es hat keine Kohlen, diese sind oft allzu spärlich beigebracht worden. Bei der Kälte in diesem Winter ist es vorgekommen, daß die Waare in der Dreherei gefroren, und an ein Arbeiten nicht zu denken war.

Was die Behandlung von Seite der Vorgesetzten anbelangt, nun, da ist zunächst der satfam bekannte Herr Dresse zu nennen, der ist bei jeder Kleinigkeit gleich mit dem Hinausschmeißen d. h. Entlassen bei der Hand. Sogar handgreiflich wurde er schon, einmal kam er aber an einen Unrechten, für die Zukunft wird er es sich wohl immer erst überlegen. Was den Oberdreher Herrn Lederer anlangt, da will ich gar nicht erst anfangen, er mag an Znaim erinnert sein, was er da für eine Rolle gespielt hat. Auf ihn paßt das Sprüchwort: „Schuster bleib bei deinem Leisten.“

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diesmal die Sperre über diese Fabrik besser beachtet wird, als das beim letzten Streik in dortiger Fabrik der Fall war, damit das Vorgehen der Streikenden auch Erfolg hat.

— Der Generaldirektor der **Porzellanfabrik Aktiengesellschaft Bahla** Herr **Bünzl** ist am 17. d. Mts. nach kurzem Krankenlager im Alter von 48 Jahren gestorben.

— In der „**Kron. Rundschau**“ finden wir einige Arbeitergesuche, denen wir einige Worte widmen wollen. — Da ist zunächst die Porzellanfabrik Aktiengesellschaft Ph. Rosenthal u. Co. Filiale Kronach, die Ersatz für die wegen ihrer Verbandszugehörigkeit ausgesperrten Arbeiter sucht. In der letzten Nummer der Rundschau sucht sie unter vollem Namen der Firma, dagegen ist in der vorhergehenden Nummer ein Inserat unter Chiffre P. P. 1886 enthalten, welches ebenfalls die Firma losgelassen hat. Eines unserer Mitglieder hatte Offerte unter dieser Chiffre eingesandt und erhielt von Kronach Antwort, allerdings weil die Bedingung gestellt war, auf ein Staatsbürgerrecht, das Koalitionsrecht, zu verzichten, dankte der Kollege für das liebenswürdige Anerbieten, dort in Arbeit zu treten.

In der letzten Nummer werden Dreher unt. F. S. 1911 gesucht, und wird „dauernde und lohnende Stellung gewährleistet.“ Das scheint schon mehr wie „aufgeschnitten“ zu sein, denn hinterher kommt der Satz: „Mitglieder des Berliner Verbandes sind von der Bewerbung ausgeschlossen“.

Wenn man ein gesetzlich gewährleitetes Staatsbürgerrecht ausschaltet, was hat demgegenüber wohl die „Gewährleistung“ von „dauernder und lohnender Arbeit“ für einen Werth? Wer von den Kollegen etwa die Inhaber dieser F. S. 1911 kennt, heraus mit dem Namen!

Stokheim haben wir in Nr. 3 schon genannt, es sucht unbegreiflicher Weise noch immer. Die Fabrik ist aus den bereits mitgetheilten Gründen gesperrt.

Die Porzellanfabrik Dressel, Rister u. Co. in **Bassau** sucht ebenfalls Arbeiter; der Herr Besitzer dieser Fabrik an der blauen Donau ist ein Sozi- und damit natürlich auch gleichzeitig eifriger Verbandsgegner. Dem Inserat merkt man diese Gegnerschaft allerdings nicht an, deswegen wollen Mitglieder, die etwa nach Bassau wollen, beachten, daß sie auf eigenes Risiko nur dort eintreten können, der Verband für etwaige Folgen, die aus dem Arbeitsverhältnis entstehen, nicht haftbar gemacht werden kann.

— Die **Bereinigung deutscher Porzellanfabriken** zur Hebung der Porzellanindustrie G. m. b. H. giebt im „Sprechsaal“ bekannt, daß der Verbandsaufschlag von 10 auf 15 pCt. erhöht wird, und alle Kunden, die ausschließlich ihre Waaren von den der Bereinigung angehörenden Fabriken bezogen haben, am Jahreschluß eine Rückvergütung von 5 pCt. erhalten. Wie weiter aus der bezüglichen Bekanntmachung hervorgeht, hat die Bereinigung im hohen Maße zur Gesundung der gesamten Porzellanbranche beigetragen.

Hoffentlich vergift die Bereinigung nicht, demnächst auch ernstlich daran zu gehen, überall da, wo die Arbeits- und Verdienstverhältnisse der Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen ungesund sind, mitzuhelfen, daß sie gesünder werden. Sollte ihnen die Gruirung jener Fabriken Schwierigkeiten bereiten, so wären wir sehr gern bereit, ihr helfend dabei zur Seite zu stehen.

— **Merographen-Spritzer** — wie sich das nobel anhört!

Das neue Instrument, die Fondspritze ist uns jetzigen Federstecher ein unbekanntes Möbel. Was haben wir uns oftmals abgemüht mit dem „Zupel“, für welchen der nöthige Stoff aus einem alten Jungfernhemde oder einem zerklüfteten Gaze- oder Mousselinevorhang auch oftmals schwer zu beschaffen war, den Tand an einer Waschanlage oder sanftigem größeren Gegenstand

so wie an Bildung, so auch an Reinlichkeit keine Spur. In der verrufensten Bude, wurde mir ein gereinigter Tisch angewiesen, in der Aktie in Kahla hält man das nicht für nötig! Man kann sich den Schmutz denken, der in einem Raume vorhanden ist, in dem über 60 Mann das oftmals schwarz vor Schmutz aussehende Geschirr reinigen. Aber was schadet dies auch, wenn der eine oder der andere an den Folgen anstrengender Arbeit, schlechter Luft und Staub zu Grunde geht, im schönsten Alter dahin stirbt. Zehn andere warten bereits wieder auf diese Stelle! Warum da erst etwas auf Reinlichkeit geben. Ebenso wie mit Reinlichkeit und Behandlung ist es auch mit dem Geschirrtrogen.

Die Arbeit wird nur 25 Duzendweis eingeschrieben und muß sich der Maler diese selber holen. Wie beschwerlich das ist, weiß der, der dies schon einmal mitgemacht hat. Nicht selten muß er sich die Arbeit vom Hofe rauf holen, dieselbe drei, vier Treppen hoch schleppen. Auch muß er die Arbeit in die Schmelze schaffen.

Infolge der niedrigen Preise muß mit maschinenartiger Geschwindigkeit und Ausdauer gearbeitet werden. Jede Minute Ruhe ist unwiederbringlich verloren. Geschirr holen und in die Schmelze schaffen, ebenso das Reinigen desselben durch die Maler, sind Mißstände, die nicht scharf genug gerügt werden können. Kurz und gut, Mißstände, wie ich sie in Kahla angetroffen, habe ich in keiner Fabrik bisher getroffen auch nicht in dem bayerischen Musterinstitut Krummenaach. Und wer trägt die Schuld an diesen mißlichen Zuständen? Niemand anders als die Arbeiter selber! Nie habe ich eine derartige Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit gesehen, wie gerade in Kahla. Ein Schmarozer- und Denunziantenthum, wie es ausgeprägter garnicht sein kann, hat in Kahla die Oberhand gewonnen. Anstatt sich einer Gewerkschaft anzuschließen, geschlossen Front gegen diese erbärmlichen Zustände zu machen, sucht man sich durch Axtelträgerei nach oben hin beliebt zu machen. Sehen denn diese Leute nicht einmal ein, daß in dieser Weise es auf die Dauer nicht fortgehen kann? Sehen sie nicht das Traurige, Verabscheuungswürdige dieser Handlungsweise ein? An der Zeit wäre es!

* * *

Der Schreiber von vorstehenden „Erlebnissen“ hatte, wie aus dem uns zugänglich gemachten Protokoll des Bürgermeistersamtes Kahla hervorgeht, auf Entschädigung der Kündigungszeit geklagt. Er war vom Generaldirektor gekündigt worden, verlangte während der Kündigungszeit Arbeit vom Obermaler, wie sie ihm passe, bezw. womit er sein Auskommen fände, dabei ließ er sich, wie aus den Zeugenvernehmungen hervorgeht, zu Beleidigungen gegen den Obermaler hinreißen. Dieser gab ihm dann überhaupt keine Arbeit und betrachtete sich der Maler als entlassen. Der Bürgermeister erkannte auf Grund des § 123 (Ziffer 3) der Gewerbeordnung auf Abweisung der Klage.

Von der Verwaltung der Zahlstelle **Frankfurt-Offenbach** wird mitgeteilt, daß Maler des Frankfurter Emailirwerkes **Arn-Heuburg** sich über die in diesem Geschäft bestehenden Arbeitsverhältnisse beschwert haben, bezw. daß Lohnunterschiede dort an der Tagesordnung seien. Es wird die Zahlstelle sich mit der Angelegenheit in ihrer nächsten Versammlung befassen und wollen die Kollegen vorläufig sich recht vorständig gegenüber den öfteren Gesuchen der Firma nach Schrift- u. Malern, verhalten.

— **Aufruf.** Werthe Genossen! Die unterfertigte Zahlstelle erlaubt sich, an sämtliche Genossen und Genossinnen eine Bitte zu richten. Es ist hier am Orte ein über 50 Jahre alter Genosse, der seit dem April 1902 durch Gelenkrheumatismus arbeitsunfähig ist. Wenzel Hoffmann ist der Name des Mitgliedes und befindet er sich sammt seiner großen Familie in den denkbar traurigsten Verhältnissen. Wir richten daher an die Kollegenschaft die Bitte, mit uns durch milde Gaben die Noth dieses alten Kollegen zu lindern. Sendungen bitten wir an den Zahlstellenkassierer Johann Mayer, Dreher, Rosen D. 5 Kronprinzenstraße 74, 3 Treppen zu entrichten. Quittung erfolgt in der Umeise.

Die Verwaltung der Zahlstelle Wilda-Rosen. Soweit wir informiert sind, hat der Kollege jederzeit der Berufsorganisation das größte Interesse entgegengebracht, auch drüben in Aich, und sind überzeugt, daß die Kollegenschaft keinem Unwürdigen aber einem wirklich Bedürftigen ihre Sympathie zuwenden wird.

— Der Streik in der Braungeschirrfabrik Johann Muck in **Buain** hat mit einem Siege der Arbeiter geendet, „Der Porzellanarbeiter“ berichtet darüber:

Nachstehende Vereinbarung wurde erzielt: Punkt 1. Die von der Firma entlassenen Dreher müssen alle wieder eingestellt werden. Punkt 2. Bei eventuell eintretendem Arbeitsmangel soll niemand entlassen werden, sondern verpflichtet sich das Personal, beschränkt zu arbeiten. Punkt 3. Die Einhaltung der 10stündigen Arbeitszeit. Punkt 4. Das Material (Masse) muß in getretenem Zustande dem Arbeiter zur Verarbeitung übergeben werden. Punkt 5. Abschaffung der dem Personal nachtheiligen Uebelstände: a) das Brennen der Defen muß derart eingerichtet werden, daß während der Arbeitszeit die Arbeiter vor Rauch und Flugasche nicht geschädigt sind; b) die Reinigung des Arbeitslokales muß mindestens zweimal wöchentlich geschehen und darf während der Arbeitszeit nicht vorgenommen werden. Punkt 6. Bei neuen Nummern muß der Preis mit Einvernahme des Personals vereinbart werden. Punkt 7. Bei Arbeiten, welche ohne Henkel geperlet oder gebändert werden müssen muß der Arbeitslohn für das Gravieren dem Dreher angerechnet werden. Punkt 8. Bei jeder Arbeit, welche vom Dreher geleistet wird, muß der Preis derselben im Lohnbuch vermerkt sein. Punkt 9. Der im Jahre 1898 vereinbarte Preistarif muß weiterhin aufrecht erhalten bleiben. Punkt 10. Für nachstehende Arbeiten sind die angeführten Löhne zu bezahlen: a) Senfstöpfe ohne Henkel (Nummer und Preis), b) gerade Becher (Nummer und Preis). Punkt 11. Bei eventuellen Unterhandlungen betreffend dieser Vereinbarung hat vom Vorstande der Union ein Vertreter mit anwesend zu sein. Punkt 12. Die Firma muß sich verpflichten, unter einem halben Jahre niemand von den im Streik gestandenen Drehern zu entlassen. Unter diesen vorstehenden Bedingungen erklärt das Personal die Arbeit wieder aufzunehmen. Unterschrift: Johann Muck. Punkt 10 wurde gestrichen, da die Preise der Nummern im Preistarif vom Jahre 1898 standen. Punkt 11 wurde gestrichen, da Herr Muck ohne eine Aenderung der Punkte die Vereinbarung unterschrieb.

— Die Gewerkschaft der **Industriemaler** Wiens giebt folgendes bekannt:

Die **Wiener Fächermaler** werden gewarnt, für Berliner Firmen, wie zum Beispiel Markus, Fächerfabrik Tize und Strauß, sowie für die Wiener Exportfirma Spitzer,

Fächermuster anzufertigen, da die nur benutzt werden, um Wiener Genremalerei in Berlin zu kopieren. Die Bestellungen, die auf die Muster folgen, werden gewöhnlich in Berlin ausgeführt, wodurch der Wiener Platz schwer geschädigt wird. Hauptsächlich vor Inseraten unter Chiffre wird gewarnt.

Versammlungsberichte etc.

Annaburg. Die Heute Abend im goldenen Ring tagende Versammlung der Mitglieder des Beihilfefonds verurtheilt das Vorgehen des Hauptvorstandes und kann dem Antrage desselben nicht zustimmen, sondern schloß sich einstimmig der Zahlstelle Magdeburg-Buckau an.

Arneburg. In der Zahlstellen-Versammlung vom 10. Januar, welche sehr gut besucht war, bildete den Hauptpunkt der Diskussion der Antrag des Hauptvorstandes, betreffs Verkürzung der Beihilfe um 25 pCt., sowie über die Maßnahme des Hauptvorstandes über die 8 pCt., welche den Zahlstellen verbleiben sollen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Mitglieder der Zahlstelle Arneburg sind der Ansicht, daß es nicht angebracht ist, den kranken Mitgliedern die Beihilfe zu kürzen, dem Hauptvorstand stehen andere Mittel zur Verfügung, welche geeigneter sind, den Bestand des Beihilfefonds zu stärken. Weiter protestirt die Zahlstelle gegen die Vorschriften, welche der Vorstand den Zahlstellen bei der Ausgabe der 8 pCt. machen will. Der Hauptvorstand hat doch das Recht, Ausgaben, die den Organisations-Bestrebungen zuwiderlaufen, wieder an die Zahlstelle zurückzuweisen.“

Elsterwerda. In der am Sonnabend den 10. Januar 1903 stattgefundenen, außerordentlichen Versammlung der Mitglieder des Beihilfefonds erklärten sich sämtliche Anwesende einstimmig gegen den Antrag des Hauptvorstandes, welcher zur Sanirung der Kassenverhältnisse des Beihilfefonds zur allgemeinen Mitglieder Abstimmung gestellt ist. Auch wurde bemängelt, daß erst der Vorstand mit diesem Antrag kommt, da derselbe doch schon länger einsehen konnte, daß etwas geschahen werden mußte weil das Kassenvermögen so rapid gesunken ist, uns erscheint es als ob dem Vorstand nichts an dem Beihilfefond gelegen ist, sonst hätte doch schließlich derselbe auf seinen Agitationsreisen dem Beihilfefond mehr Interesse widmen können. Es ist ja bei dauerlich, daß unsere Verbandsmitglieder sich wenig dem Beihilfefond anschließen, wo doch die letzte Generalversammlung die ärztliche Untersuchung in Fortfall brachte, weil da mancher den paar Groschen wegen die die ärztliche Untersuchung kostete, sich schente, dem Beihilfefond beizutreten und nicht einseh, daß der Porzellaner recht bald krank werden kann; ja man hat auch unter uns Genossen, der Einrichtung in ihrer Berufsorganisation bleiben sie fern und treten lieber anderen Hilfskassen bei. Die hiesigen Mitglieder sind der Ansicht, daß man auf keinen Fall den Kranken die Beihilfe schmälern kann dafür müßte aber jeder bestrebt sein, daß eine ganz strenge Kontrolle ausgeübt würde, um den Simulanten durch welche der Beihilfefond so ausgebeutet wird, das Handwerk zulegen und dann stellt noch die Versammlung an den Vorstand den Antrag, für die Dauer von 1/4 Jahr eine prozentuale Erhöhung der Beiträge vorzunehmen, nach dieser Zeit kann dann ja schließlich festgestellt werden ob und wie wir dabei zurecht kommen. Wir richten hierauf nochmals an die Verbandsgenossen, welche dem Beihilfefond noch nicht angehören sich doch demselben anzuschließen, je mehr Mitglieder im Beihilfefond je lebensfähiger wird er.

Elberfeld. Unsere erste diesjährige Monatsversammlung, welche am 10. d. Mts. abgehalten wurde, zeigte gegenüber dem Vorjahre insofern ein verändertes Bild, indem eine größere Zahl weiblicher Mitglieder in unserer Mitte waren, welche sich Ende vorigen Jahres der Zahlstelle angeschlossen hatten. Die Zahl der in unserem Berufe Organisirten hat sich von anfänglich 22 auf ca. 60 gehoben, davon sind ungefähr die Hälfte Mädchen und Frauen (Bravo! D. Med.) — Die Versammlung selbst wies eine reichhaltige Tagesordnung auf und nahm einen sehr animirten Verlauf. Besonders wurde die geplante Arbeitsvermittlung für Rheinland und Westfalen besprochen und hierzu beschlossen, die Agitationskommission in Düsseldorf soll ein diese Materie regelndes Statut ausarbeiten. Ferner wählten die Kolleginnen der Firma B. eine dreigliedrige Kommission, welche die Aufgabe hat, bei der Preiskalkulation die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten. Die Vornahme dieser Wahl hat sich durch verschiedene Vorkommnisse in letzter Zeit als notwendig erwiesen. — Am verflorenen Samstag, den 17. d. Mts. wurde das vor längerer Zeit geplante

gitationstest abgehalten. Beim Arrangement des-
sen war für uns hauptsächlich der Gedanke maß-
gebend, das Interesse für den Verband unter den
Mitarbeiterinnen dadurch zu fördern, indem wir das
Ingenieur mit dem Nützlichen verbanden. Die
Festrede hielt Gen. Scholz-Düsseldorf. Der Besuch
war über Erwarten gut, es können ca. 200 bis
50 Personen anwesend gewesen sein. Alles in
Allem können wir mit dem Verlauf des Festes zu-
frieden sein und hoffen wir, daß derselbe dazu bei-
tragen wird, die neugewonnenen Mitglieder immer
fester an die Organisation zu fesseln.

Mitterteich. Die Zahlstellenversammlung vom
7. Januar befaßte sich noch einmal mit der Wichtig-
keit des Genossen Schneider in Nr. 51 der „N.“,
Mitterteich betreffend, und wurde dieselbe nach kurzer
Diskussion für erledigt betrachtet. Bei Uebergabe
an die neue Verwaltung wurde derselbe, sowie auch
den übrigen Mitgliedern aus Herz gelegt, auch in
diesem Jahre die Pflichten in der Organisation, so-
wie in der Arbeiterbewegung im Allgemeinen nach
Kräften zu erfüllen. Nach Bekanntgabe der Ab-
meldung von 2 weiblichen Mitgliedern, Fanny Kraus
und Käthe Köffelmann, entspann sich eine kurze Dis-
kussion über den Grund der Abmeldung, der aber
unklar blieb. Sollte vielleicht von anderer Seite
eingewirkt worden sein? Ferner kam der Versam-
lungsbericht der Zahlstelle Kahla, in Nr. 52 der „N.“,
zur Verlesung und schloß sich die Versammlung der
Resolution Kahla an. Man war der Ansicht, daß
Kahla Kollege, sofern er sich nicht der Organi-
sation anschließt, ein ungestörtes Arbeitsverhältnis
haben, und doch kommt es öfter vor, daß solche Un-
organisierte als Arbeitslose die Landstraßen durch-
ziehen. Würde nun solch ein Kollege überall
sein Vorgesetzten nach Unterstützung abgewiesen, so
würde derselbe bald zu anderer Ansicht kommen.
Man sollte doch dem Kassierer soviel Vertrauen schenken
und glauben, daß derselbe keinen Unfug mit Ver-
wandsgebern treiben wird; und eine eigene Unter-
stützungskasse wird kaum noch möglich sein. Nach-
dem die Mitglieder auf die Arbeiterpresse aufmerk-
sam gemacht, wurde die Versammlung geschlossen.

Freiwaldau. In der am 10. dieses Monats
abgehaltenen Zahlstellen-Versammlung, zu welcher
14 Mitglieder erschienen waren, erstattete der
Revisor Bericht über den Befund der Kasse bei
seiner außerordentlichen Revision. Aus diesem
ging hervor, daß alles in bester Ordnung war.
Nach diesem wurde ein neuer Vorsitzender gewählt,
da der in voriger Versammlung gewählte Genosse
Hirsch die Wahl nicht annahm. Es wurde Ge-
nosse Nothe gewählt, dieser erklärte die Wahl
anzunehmen. Zu Punkt. Mitgliederabstimmung,
an welcher 10 Beihilfens-Mitglieder teilnahmen,
stimmten 9 gegen den Antrag des Hauptvorstandes,
1 Mitglied enthielt sich der Stimme. Ferner
erklärten sich die Mitglieder Resolution Tiefenfurt
in Nr. 2 der „N.“ anzuschließen, da es doch eher
Wohlfahrt der Gesunden als der Kranken wären die
Verhältnisse der Kasse zu heben. Zum nächsten
Punkt wurde der Antrag gestellt, möglichst jeden
Monat eine Versammlung abzuhalten, dieser
wurde angenommen.

Gera. Versammlung am 11. 1. 1903. An-
wesend waren 22 Mitglieder und wurde zunächst
an Stelle des verstorbenen Schriftführers Fritz
Fabig II gewählt. Sodann gelangte der Antrag
des Vorstandes betreffs Beihilfens zur Debatte.
Nach längerer Diskussion wurde derselbe von den
7 anwesenden Mitgliedern des Beihilfens einstimmig
abgelehnt und folgender Resolution mit
6 bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Die Mitglieder des Beihilfens der Zahl-
stelle Gera können sich mit dem Antrag des
Hauptvorstandes nicht einverstanden erklären, sie
wollen die Beihilfe nicht gekürzt haben sondern
wollen lieber einige Extrabelträge zahlen. Es ist
nicht angebracht, daß die Geldkalamität durch die
Kranken beseitigt wird sondern lieber auf die
Schultern der Gesunden abgewälzt werden.

Gotha. Am 10. d. M. fand die erste diesjährige
Versammlung in der „Erholung“ statt. Dieselbe
war sehr gut besucht. Nachdem die Wahl eines Ver-
trauensmannes zur Agitationskommission vorgenom-
men worden war, beschäftigte man sich unter Anderem
auch mit der Notiz in Nr. 308 des „Gothaischen
Tageblattes, worin nach einem Artikel der „Deutschen
Arbeitgeberzeitung“ dem Holzarbeiter-Verband der
Vorwurf gemacht wird, daß er die „Arbeitergroßen“
zwecklos vergeude. Obwohl diese Anrempelung
speziell nur den Holzarbeiterverband angeht, so er-
kannte die Versammlung doch, daß hier eine Ver-
söhnung der gesamten organisierten Arbeiterschaft
schlimmster Art vorliege. Nach einer längeren leb-
haften Debatte wurde eine dementsprechende Resolu-
tion, in der die organisierten Porzellanarbeiter Gothas
auf das Entschiedenste dagegen protestieren, einstimmig
angenommen. Gleichzeitig erklärt die Versammlung,
die Arbeiter Gothas über das Verhalten und die
Prinzipien eines solchen „freisinnigen Blattes“ in
der besten Weise aufzuklären. Ein Mißverständnis auf das

Jahr 1902 zeigt einen gerade nicht besonders guten
Versammlungsbesuch, denn von 18 Versammlungen,
welche im vergangenen Jahre stattfanden, kommt auf
die einzelne Versammlung ein Durchschnittsbesuch
von 60 Personen. Zu Punkt 3 Mitgliederabstimmung
über den Beihilfens wurde der Antrag des
Hauptvorstandes einstimmig abgelehnt; der Antrag
Buckau dagegen angenommen. Zum Schluß forderte
der Vorsitzende die Versammlung noch auf, sich an
der am anderen Tage stattfindenden Arbeitslosen-
zählung möglichst zahlreich zu beteiligen.

Süttengrund bei Sonneberg. Die am Freitag,
den 16. d. Mts. einberufene Zusammenkunft der Por-
zellanarbeiter behufs Gründung einer Zahlstelle hat
mit dem erwünschten Erfolg stattgefunden. Es waren
alle gelernten Arbeiter Dreher und Maler erschienen.
Mit größter Aufmerksamkeit hörten sie die Worte,
welche von zwei Agitations-Kommissionsmitgliedern
über Zweck und Nutzen der Organisation vorgetragen
wurden an. Nun ist es Pflicht der Verwaltung,
sowie aller Mitglieder weiter zu arbeiten, mehr Ge-
nossen zu gewinnen und die Versammlungen zu be-
suchen, damit die Zahlstelle den Zweck der Organi-
sation erfüllen kann. Porzellanarbeiter und -Arbei-
terinnen, hier heißt es, leget alle mit Hand an und
helfet dazu, uns ein menschenwürdiges Dasein zu
erringen.

Kahla. In der am 10. Januar stattgefundenen
Zahlstellenversammlung waren 180 Mitglieder an-
wesend. Ueber die Abhaltung des Stützungsfestes
gingen die Meinungen auseinander; ein Antrag, nur
Abendunterhaltung abzuhalten, wurde abgelehnt und
beschlossen, es in der bisherigen Weise, Nachmittags
Konzert und Festrede, Abends Ball, zu feiern; als
Tag wurde der 22. Februar bestimmt. Der Beitrag
wurde wie folgt festgesetzt: für Mitglieder Nach-
mittags 30 Pf., Frauen 10 Pf., Ball 50 Pf. Hier-
auf wurde die Statistik über den Versammlungs-
besuch im vorigen Jahre verlesen, woraus hervor-
ging, daß von 268 der Zahlstelle über 1 Jahr an-
gehörigen Mitgliedern nur 12 sämtliche 14 Ver-
sammlungen besuchten, während 51 Mitglieder sich
in keiner einzigen Versammlung sehen ließen. $\frac{3}{4}$ Jahr
gehörten 17 Mitglieder der Zahlstelle an, von diesen
besuchten 2 Mitglieder 10 Versammlungen u. s. w.,
gar keine 5 Mitglieder. $\frac{1}{2}$ Jahr sind 31 Mitglieder
der Zahlstelle zugehörig, davon besuchte 1 Mitglied
5 Versammlungen, 4 Mitglieder 6 u. s. w., keine
einzige Versammlung 11 Mitglieder. $\frac{1}{4}$ Jahr ge-
hören der Zahlstelle 34 Mitglieder an, 1 Mitglied
besuchte 4 Versammlungen, 8 Mitglieder 8 Ver-
sammlungen u. s. w., 8 Mitglieder fanden den Weg
nicht zu einer einzigen Versammlung. Für die
streikenden Porzellanarbeiter wurden 20 Mark be-
willigt. Zu Punkt Verschiedenes wurde über Fabrik-
verhältnisse gesprochen, hauptsächlich über die Be-
handlung der Arbeiter durch einige Vorgesetzte, welche
sehr viel zu wünschen übrig läßt. Die Mitgliederabstimmung
des Beihilfens ergab folgendes Resultat. An-
wesend waren 16 Mitglieder und stimmten diese
gegen den Antrag des Hauptvorstandes betreffs Kür-
zung der Krankenunterstützung.

Kolmar. In der am Samstag, den 10. Ja-
nuar stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde
die Wahl der Verwaltung vorgenommen. Von Be-
ihilfensmitgliedern waren 9 anwesend, es wurde
der Antrag von Tiefenfurt angenommen, Erhöhung
der Beiträge. Die Versammlung war ziemlich gut
besucht, es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß
die Genossen sich immer so zahlreich an den Ver-
sammlungen beteiligen möchten.

Magdeburg-Buckau. Die heute den 17. Ja-
nuar im Vereinstokal tagende Monatsversammlung
der hiesigen Zahlstelle beschäftigt sich eingehend mit
der Erklärung des Vorstandes in Nr. 3 der „N.“,
welche eine Entgegnung auf unseren Versammlungs-
bericht in Nr. 2 d. Z. sein soll. Dieser Erklärung
war schon ein Brief an die Zahlstellenverwaltung
vorausgegangen und ein Vergleich läßt sehr leicht
den Verfasser vermuten und sehr leicht den Schluß
zu, daß es im Vorstand Genossen giebt, welche
durchaus keine Kritik vertragen können, ja sogar in
Vertreten den kollegialischen und genossenschaftlichen
Ton vermissen lassen. In unserem diesbezüglichen
Versammlungsbericht haben wir uns leider, aber
nur erfreulicherweise, betreffs der Mitgliedschaft des
Gen. Wollmann in Bezug auf den Beihilfens ge-
äußert und daß Gen. Zahn älteres Mitglied ist, war
uns bekannt, hielten es aber nicht für unbedingt er-
forderlich, dies extra hervorzuheben, weil derselbe
doch nicht zum Vorstand gehört. Daß der Verbands-
kassierer und der Hilfsbeamte seit 4-5 Wochen Mit-
glieder waren, konnten wir freilich nicht wissen,
kommt auch hierbei gar nicht in Betracht, denn unser
Vorwurf war durch den rapiden Rückgang der
Kasse des Beihilfens veranlaßt worden, welcher
doch schon weiter zurückdatiert, als zum 10. Novem-
ber vorigen Jahres. Aber immerhin bleibt die Thatsache
unumstößlich, daß die Hauptkasse des Beihilfens
2 1/2 Jahre von einem Nichtmitgliede verwaltet
worden ist. Was dies für agitatorischen Werth und
Interesse für den Beihilfens bedeutet, braucht sich

Keinemand „aus den Fingern zu saugen“, und so ein
Zustand ist mit Recht als haltlos zu bezeichnen. —
Die Quintessenz des betreffenden Versammlungs-
berichts besteht darin, daß wir bezweifeln haben, daß
bei verschiedenen Vorstandsmitgliedern ein wirkliches
Interesse für den Beihilfens vorherrscht. Selbst
die Vorstandserklärung, so hochtönig und geräusch-
voll sie auch gehalten ist, hat uns noch nicht von
dem Gegenteile überzeugt, weil hierbei die Motivie-
rung zu unserer aufgestellten Behauptung einfach
ignoriert worden und nur auf den kleinen Irrthum,
welcher uns unterlaufen ist, der Haupttrumpf aus-
gespielt wurde. Wie aus dem Protokoll der 33. Vor-
standssitzung vom 2. 12. 1902 ersichtlich ist, kam die
Anregung, daß etwas zur Hebung der Kasse des
Beihilfens geschehen müsse, von der Zahlstelle
Berlin-Moabit und erst in der 35. Sitzung vom
11. 12. 1902 beschäftigte sich der Vorstand mit dieser
Angelegenheit. Gibt es denn hier noch einen
Zweifel darüber, daß der Vorstand erst auf die An-
regung der betreffenden Zahlstelle Veranlassung
nahm, sich mit den mizlichen Kassenverhältnissen des
Beihilfens zu befassen? Mussten nicht dem Vor-
stand resp. den Bureaubeamten diese Verhältnisse
früher und besser bekannt sein als den Mitgliedern
der Zahlstelle Berlin-Moabit? Wo bleibt denn
unter solchen Umständen das lebhafteste Interesse,
welches der Vorstand nach seiner offiziellen Erklärung
für den Beihilfens zu haben glaubt? Weiter
haben wir in unserem Versammlungsprotokoll be-
hauptet, daß die Agitation von Seiten der Bureau-
beamten für den Beihilfens als lau zu bezeichnen
ist, und können auch hierfür den Beweis mit Leichtig-
keit erbringen, welcher uns zu dieser Bemerkung
Veranlassung gegeben hat. Wer die Berichte der
öffentlichen Versammlungen bei Agitationstouren
der betreffenden Bureaubeamten, wobei wir nur die
letzten vom vorigen Jahre im Auge haben, verfolgt,
wird finden, daß der Beihilfens auch mit keinem
Wort erwähnt worden ist. So viel wie uns aus
früheren diesbezüglichen Versammlungen erinnerlich
ist, wurde der Beihilfens höchstens in der Dis-
kussion auf Anregung von Mitgliedern erwähnt.
Nun muß ja zugegeben werden, daß die meisten
Versammlungsberichte nicht annähernd den vollen
Stoff des Vortrages streifen. Wir sind aber der
Meinung, wenn der betreffende Referent in seinem
Vortrage auch ein lebhaftes Interesse für den Bei-
hilfens bekundet, schon selbst aus agitatorischen
Gründen, darauf sehen wird, daß auch diese Angelegen-
heit für den Bericht notiert ist. Die Versammlung
erklärt einstimmig, daß wir alle die in der Erklärung
des Vorstandes enthaltenen Kraftausdrücke nicht ver-
dient haben und daß es uns fern liegt, einen Krieg
mit dem Vorstand heraufzubeschwören und ein System
aus Differenzen mit demselben zu machen. Aber
durch die betreffende Erklärung sind wir heraus-
gefordert worden und wollen hoffen, daß nun die
Streitart wieder bei Seite gelegt wird.

Schramberg. In der letzten Versammlung
hiesiger Zahlstelle wurde, nachdem der Kassenbericht
pro 4. Quartal entgegengenommen und für richtig
anerkannt wurde, Stellung zu dem Vorstandsantrage
bezüglich des Beihilfens genommen. In der längeren
Diskussion wurde zwar getadelt, daß der Vorstand,
der doch am besten über den Stand der Kasse in-
formiert sein müsse, nicht früher der Kalamität vor-
gebeugt habe, doch könne es den hiesigen Mitgliedern
nicht recht einleuchten, daß den Kranken Mitgliedern
ihre Rechte geschmälert werden sollten, die Mitglieder
hätten ohnehin unter der allgemeinen Krise zu leiden,
so daß eine Verkürzung ihrer Unterstützung ein
großer Verlust für sie bedeute. Die Beihilfensmit-
glieder stimmten dem Antrage des Vorstandes zu,
in der Voraussetzung, daß die Maßnahme nur vor-
übergehend angewendet werde und sehen die Mit-
glieder einer baldigen Lösung dieser Frage im
günstigen Sinne entgegen. — Die vom Vorstand
ausgegebenen Fragebogen wurden einer Kritik
unterzogen und den hiesigen Verhältnissen gegen-
über als zu weitgehend erachtet. Die Mehrzahl der
Mitglieder weiterte sich die Fragebogen auszu-
füllen.

Soran. In der am 17. d. Mts. stattgefun-
denen Versammlung der Mitglieder des Beihilfens
wurde, welche von 12 Mitgliedern besucht war, wurde
anerkannt, daß die Finanzlage der Kasse eine sehr
mizliche ist und daß eine Hebung derselben unbedingt
stattfinden muß, jedoch war die Versammlung der
Ansicht, daß der Antrag des Vorstandes unbedingt
abzulehnen war, da doch nicht gedacht werden kann,
auf Kosten der Kranken eine Verbesserung des Bei-
hilfens herbeizuführen, und wurde der Antrag
des Vorstandes mit 12 Stimmen abgelehnt. Die
Versammlung beschloß nach längerer lebhafter Debatte
dem Antrage Buckau zuzustimmen und den Vorstand
zu ersuchen, über den Antrag einer allgemeinen Mit-
gliederabstimmung statzugeben. Nach Erledigung
eintiger innerer Angelegenheiten wurde die Versam-
mlung um 9 1/4 Uhr geschlossen.

Stadtilm. Die am Montag, den 12. Januar
im Gasthaus „Zum Schloß“ stattgefundenen Monats-

versammlung war von 26 Mitgliedern besucht. Es wird Bericht über die Versammlungsbefuche vom vorigen Jahre gegeben und wird festgestellt, daß 75 pCt. der Mitglieder die Versammlungen regelmäßig besuchten. Bei der Abstimmung der Beihilfefondsmitglieder, betreffend den Antrag des Hauptvorstandes, 25 pCt. der Unterstützung zu kürzen, enthalten sich die beiden Mitglieder der Stimme. Da bei der letzten Versammlung die Wahl eines Vertrauensmannes und Bibliothekars übergegangen wurde, so wird heute Gen. D. Nisch als Vertrauensmann und Gen. S. Krause als Bibliothekar gewählt. Auf Antrag des Kassiers, einen Unterkassier zu wählen, wird Gen. S. Zahn gewählt. Aus der Mitte der Versammlung geht folgender Antrag bei dem Vorstand ein: „Die Direktion der Porzellanfabrik zu erforschen, die schlechten Artikel bei den Malern aufzubessern.“ Der Antrag wird angenommen und soll Mittwoch, den 14. Januar eine Versammlung unter den Malern stattfinden, in welcher die Angelegenheit erledigt werden soll. Den Antrag Kasla in Nr. 52 der A., den Extraunterstützungsfond betreffend, schließt sich die Zahlstelle Stadtilman an. (Es wird hierzu weiter mitgeteilt, daß die Angelegenheit der Maler vorläufig zur Zufriedenheit erledigt sei, indem die Direktion bei verschiedenen Artikeln eine Aufbesserung von 5—20 pCt. vornahm. Eine erfreuliche Seltenheit! D. Red.)

Waldenburg. Die Zahlstelle Waldenburg spricht dem Hauptvorstand die Befugnis ab, die Unterstützungen des Beihilfefonds um 25 pCt. zu kürzen, weil sie darin nicht die nötige Abhilfe erblickt, die Kasse dauernd lebensfähig zu erhalten. Wir machen den Vorschlag, die Unterstützungen nach der Dauer der Mitgliedschaft stufenweise auszuzahlen und wäre daher eine vollständige Ueänderung des Statuts notwendig. Motto: Weil ein Theil der Mitglieder nach kurzer Mitgliedschaft die Kasse zu sehr in Anspruch nimmt.

Waldsassen. Zum 17. d. Mts. hatte die Verwaltung eine Versammlung anberaumt, sie konnte nicht stattfinden, weil — nun weil eben Versammlungstheilnehmer nicht erschienen waren. Die hiesigen Kollegen bilden sich anscheinend ein, Arbeits- und Verdienstverhältnisse zu haben, die den Zusammenschluß in der Berufsorganisation, die den Zweck hat, die Arbeitsverhältnisse zu bessern, überflüssig erscheinen zu lassen. Ab und zu hört man allerdings ganz etwas anderes als Gutes über hiesige Verhältnisse und deswegen hält es die Verwaltung für angebracht, die hiesigen Mitglieder eindringlich zu ersuchen, in der nun zum Sonnabend, 31. Januar anberaumten Versammlung zu erscheinen und zwar Mann für Mann, da auch der Quartalsabschluss fällig und deswegen alle Beitragsreste bezahlt werden müssen. Hoffentlich werden wir in die Lage versetzt, den Bericht über diese Versammlung auflegen zu können, daß nicht ein einziges Mitglied sich der moralischen Pflicht des Versammlungsbefuches entzogen hat und dadurch der gute Ruf der Zahlstelle Waldsassen wieder hergestellt wird.

Literarisches.

Der Umsturz im Reichstag. Die brutale Vergewaltigung der Reichstagsminderheit durch eine skrupellose Majorität und deren willkürliche Präzedenzen wird in ihren Wirkungen noch lange im Lande nachhallen. Deshalb hat unter obigem Titel die Buchhandlung Vorwärts eine Darstellung der Kämpfe um den Zolltarif herausgegeben.

Nach dem amtlichen Stenogramm giebt die Broschüre eine altentworfene Darstellung des Umsturzes der Geschäftsordnung im Reichstage. Unbarmherzig deckt der Verfasser das volksverrätherische Treiben Eugen Richters auf und geißelt die Komödie des agrarischen Brüderkrieges, die den Mantel abgeben mußte, hinter dem der Zollschacher ungestört betreiben werden konnte. Eingehend wird geschildert, daß alle diese Vergewaltigungen nicht hinreichen, die Opposition zu ersticken, bis schließlich die heutzutage Mehrheit die nackte Willkür an Stelle des Gesetzes proklamirte und damit der Mehrheit des deutschen Reichstags zum Mittel der Mehrheit degradirte. Am Schluß folgt eine nach den Wahlkreisen geordnete Zusammenstellung der wichtigsten namentlichen Abstimmungen, aus der zu ersehen ist, wie jeder einzelne Abgeordnete gestimmt hat.

Zur Kennzeichnung des Verhaltens der Gegner wird die Broschüre unschätzbare Dienste leisten.

Der Einzelpreis ist 20 Pfennig. Eine für die Massenverbreitung hergestellte Agitations-Ausgabe wird pro 100 Stück mit M. 6.— abgegeben. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69, zu richten.

Adressen-Nachtrag.

Neustadt bei Coburg. Kass.: Andreas Braun Schmidt, Weidachstraße.
Duisburg. Vors.: Wilhelm Ernst, Kasantien-Allee 146.

Moskowitz. Schriftf.: Frz. Muppert, Maler, Themar, Froschgasse.

Oberhausen. Archivar an Stelle Plehl: Josef Stieler, Maler, Grenzstr. 72.

Sachsen b. Richthaus. Vors.: Georg Kraus, Schriftf.: Friedrich Werner. Kass.: Karl Walther, Nr. 6. Rev.: Karl Klittner, Kl. Stamm.

Wibrecht (Württemberg) soll es heißen im Adressenverzeichnis statt Westfalen.

Gera b. Elgerburg. Schriftf.: Fritz Fabig II, Maler.

Düsseldorf. Kass.: Klug nicht Klung.

Sülterbach. Schriftf.: Adolf Kappauf, Drucker.

Wiesau (Bayern). Vors.: Herm. Krigig, Dreher, Mitterteich. Schriftf.: Josef Neuschl, Maler, Schönhaud. Kass.: Wenzl Proschka, Dreher, Fuchsmühl. Vertrauensmann: Alois Müller, Maler. Rev.: Franz Hopf, Dreher, Fuchsmühl.

Fürstberg a. D. Vors.: Gustav Winkler, Chauffeestraße. Schriftf.: Julius Börner, Bahnhofstraße. Kass.: Adolf Keil, Bahnhofstraße. Rev.: Gustav Winkler, Chauffeestraße, sämtlich Maler.

Eberfeld. Vors.: Anton Knur, Steinbeckerstr. 64a. Schriftf.: Cajetan Schneider, Mirkerstr. 57 III. Kass.: Anton Franken, Gyrzlerplatz 38 II. Beis. und Vertrauensmann: Gust. Juntschede, Greifenauerstr. 3 prt. Rev.: Aug. Alles, Sternagstr. 63 III. Benjamin Bechtold, Ludwigstr. 31 II, sämtlich Maler.

Waldenburg (Schlesien). Vors.: Johann Franz, Dreher, Neuhain Nr. 21b. Schriftf.: Anton Pöhld, Maler, Scheuerstr. 12/13. Kass.: Ernst Stephan, Gochiusstr. 8 prt. Beis.: Eduard Kinscher, Altwasser, 3. Bezirk 48b. Wilhelm Settel, Kreuzstr. 4, sämtlich Dreher. Rev.: Adolf Bor, Maler, Kreuzstr. 4. Wlth. Galle, Dreher, Mühlengstr. 8. Hein. Scholig II, Maler, Friedländerstr. 16.

Versammlungskalender.

Berlin-Charlottenburg. Vorstandssitzung, Dienstag, den 3. Februar, Abends 8 Uhr bei Fischbach, Marchstr. 24.

Albersweiler. Sonnabend, den 31. Januar, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Arneburg. Sonnabend, 7. Februar, Abends 8 Uhr im Schützenhaus.

Berlin II. Sonnabend, 31. Januar, Abends 8 1/2 Uhr bei Wollschlager, Verwaltungssitzung.

Bayreuth. Sonntag, 1. Februar, Vormittags 1/2 10 Uhr bei Frz. Böhl. Besonders werden die Kollegen des Emailirwerkes und Ofenfabrik hierauf aufmerksam gemacht. Sämtliche Fragebogen sind einzuliefern.

Döbeln. Sonnabend, 7. Februar, Abends 8 Uhr in Hempels Restaurant.

Duisburg. Sonnabend, 31. Januar im Rathskeller (oben).

Frankfurt-Offenbach. Sonntag, 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr im Restaurant Vierhellig in Sachsenhausen.

Gräfenhain. Sonntag, den 1. Februar, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen, bezw. Beiträge zu zahlen.

Gausen. Sonntag, 1. Februar, Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal zu Unnersdorf. Kleben der Streifenmarken. Quartalsabschluss.

Nahla. Sonnabend, 7. Februar, Abends 8 Uhr im Rosengarten. Vortrag des Gen. Stücklen aus Altenburg.

Nollenschnefeld. Montag, 2. Februar, Abends 8 Uhr außerordentliche Versammlung im Restaurant „Baum“, Lindenburger Allee.

Langewiesen. Sonntag, 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal.

München. Sonnabend, 7. Februar im Vereinslokal.

Nürnberg. Sonnabend, 31. Januar, im Felseder, Fabrikstraße.

Selb. Sonntag, 8. Februar, Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal Ludwigskeller. Sehr wichtige Tagesordnung, deshalb haben alle Mitglieder zu erscheinen.

Spandau. Sonnabend, 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Die Mitglieder werden ersucht, alle zu erscheinen.

Suhl. Sonntag, den 1. Februar in Goldlauter (zu den drei Linden).

Tirschenreuth. Montag, 4. Februar, Abends 8 Uhr im „Goldenen Anker“.

Tiefenfurt. Sonnabend, 31. Januar im Vereinslokal. Wahl eines Vorsitzenden.

Wittstadt. Sonnabend, 31. Januar, Abends 8 Uhr bei Pfister.

Vegetal. Sonntag, den 1. Februar, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal, W. Oberberg. Vortrag eines Kollegen über Zweck und Nutzen der Organisation. Unorganisirte sind willkommen. Alle Mann an Bord.

Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiede und alle goldhaltigen Sachen

Reelle und pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte. Aeltestes Geschäft dieser Art.

Gold und alle Abfälle

Flaschen u. s. w. kauft zu hohen Preisen

Herrn Hammermüller

Niederplanitz i. S., Zwidauerstr. 66B.



Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Töpfe u. s. w. werden

ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold zu 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.

Burggrub. Aeltere Zahlstellen, die im Besonderen von humoristischen Vorträgen, kleinen Theaterstücken etc. sind, werden ersucht, uns solche zu liefern, um unser Anfang März stattfindendes Stiftungsfest damit verschönern zu helfen. Die Verwaltung.

Sachsen. Wegen Uebergabe der Kasse fordern wir sämtliche Mitglieder auf, ihre Beitragsreste zu begleichen, da ich bis zum 8. Februar den Abschluß fertigstelle, auch müssen alle Quittungsbücher behilflich Abstemmung eingeleistet werden. Die Bibliotheksbücher sind auch bis dahin abzuliefern. Der Kassierer.

Bayreuth. Sonntag, den 1. Februar, Nachmittags 3 Uhr in der Gewerkschaftshalle

Große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung.

Ref.: Kollé, Verbandssekretär aus Nürnberg. Thema: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaft.“ Sämtliche Mitglieder der Zahlstelle sind herzlich eingeladen. Die Verwaltung. J. A.: G. Eichhorn.

Nahla. Ersuche die werthen Berufsgenossen mir die Adresse des Porzellanmalers Gustav Durhard, geb. zu Marktptitz, mitzutheilen. 0,60 Karl Bühl, Kassierer.

Ueber folgende eingegangene Unterstützungsquitturen ich mit bestem Dank: Zahlstelle Rehan 8 Mk. Marktredwitz 11,85 Mk., Moschenhof 18,62 Mk. Selb 9,80 Mk., Untermhaus 10,35 Mk. Summe 58,62 Mk. 1,20 Börner, Tirschenreuth.

Langewiesen. Ersuche die Mitglieder um Beiträge bis zum 14. Februar zu entrichten, da der Abschluß bestimmt am 15. fertig gestellt wird. Der Kassierer.

Arbeitsmarkt.

Düsseldorf. Die restierenden Kollegen werden hiermit ersucht, ihre Beiträge bis spätestens 8. Februar Mittags beim Kassierer W. Schäfer, Reihelstr. 79 zu bezahlen.

Maler

geißt in Doktor, Staffage, etc. welcher auch länger Zeit in einem Emailirwerk thätig, sucht per sofort Stellung. Offerten unter G. 28 an die Redaktion.

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: Richard Zahn, Charlottenburg, Köpenickerstr. 1. Druck u. Verlag: Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.